

**NIEDERSCHRIFT**

**26.04.2017**

**Az.: 1.3.4**

**2. Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr**

**Tag:** 26.04.2017

**Zeit:** 16.00 Uhr bis 18.30 Uhr

**Ort:** Vortragssaal der Stadthalle,  
Leonhardplatz, 38102 Braunschweig

**Anwesend:** Herr Baas (in Vertretung für Herrn Rieck), Herr Bachmann, Herr Backhauß, Herr Belte (in Vertretung für Frau Dirksmeyer-Vielhauer), Herr Egbers-Schoger, Herr Hensel, Herr Jainta (in Vertretung für Herrn Poetsch), Herr Kassel, Herr Kramer, Herr Köster, Herr Lohse, Herr Prof. Müller, Frau Retzlaff, Herr Rotzek, Herr Schmidt, Herr Schneider, Herr Schrader, Herr Volkmann, Frau vom Hofe, Herr Ganzauer, Herr Grätz, Herr Hansmann, Herr Lorenz, Herr Merkle, Herr Siekmann, Herr Schubert, Herr Plonz

**Für die Verbandsverwaltung:** Herr Brandes, Herr Rössig, Frau Schumacher

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Schneider, eröffnet die 2. Sitzung der sechsten Wahlperiode des Ausschusses für Regionalverkehr und begrüßt die Anwesenden.

Herr Schneider stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Daraufhin ruft er Punkt 1 der Tagesordnung auf.

I. Öffentliche Sitzung

**Punkt 1**

Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr

Die Änderungswünsche von Herrn Egbers-Schoger, Punkt 3 betreffend, wurden bereits eingefügt und liegen als Tischvorlage vor. Des Weiteren weist Herr Schrader daraufhin, dass seine Äußerungen zum günstigen Ticket für junge Leute im Großraum Hannover fehlen. Zum 01.01.2018 solle dort ein Ticket für junge Leute unter 21 Jahren für 15 Euro/Monat erhältlich sein. Er bat die Verwaltung in Erfahrung zu bringen, zu welchen Bedingungen es dieses Ticket geben soll und ob es ein vergleichbares Angebot im Großraum Braunschweig geben kann.

Das Protokoll wird nach den beiden Änderungen ohne Gegenstimmen genehmigt.

**Punkt 2**

Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 2 der EU-VO 1370/2007 an die Stadtwerke Goslar; Öffentlichrechtliche Vereinbarung über die Bildung einer Gruppe von Behörden i.S.v. Art. 5 2 VO (EG) 1370/2007 mit der Stadt Goslar zur Durchführung einer Direktvergabe an die Stadtwerke Goslar

Vorlage Nr.: 2017/32

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig stellt die Vorlage vor und weist darauf hin, dass das Vorgehen mit dem Landkreis Goslar und der Stadt Goslar abgestimmt ist.

Herr Volkmann fragt an, was die Formulierung „überwiegend“ auf Seite 3 im obersten Absatz bedeutet und ob es richtig sei, dass nach europäischer Rechtsprechung maximal 30% der Mittel vergeben werden dürfen. Herr Rössig erläutert, dass dieser Punkt noch zu klären sei. Herr Brandes betont, dass unabhängig davon die Kriterien für eine Durchführung erfüllt sind. Herr Kramer fragt an, ob die Stadt Goslar die Aufgaben im Unterauftrag vergibt oder selber durchführen werde? Herr Prof. Müller erläutert, dass die Verkehrsbetriebe Teil der Stadt Goslar sind und daher die Leistungen vollständig selber erbringen werden. Herr Volkmann: Die Stadt Goslar ist zudem tarifgebunden, deswegen ist eine Vergabe an die Stadt vorzuziehen.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**Punkt 3**

Beschaffung von Automatischen Fahrgastzählssystemen (AFZS) durch Verkehrsunternehmen; Zuschuss durch den Regionalverband

Vorlage Nr.: 2017/33

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig stellt die Vorlage vor. Folgende Punkte werden im Laufe der Diskussion behandelt:

Herr Bachmann merkt an, dass er diese neu zu beschaffenden Fahrgastzählssysteme als Übergangstechnik ansieht, da es in Zukunft durch technische Neuerungen, z.B. E-Ticketing, genauere Daten geben werde. Er betont, dass die Qualität der Daten und die Anforderungen an das System sehr wichtig seien, z.B. im Hinblick auf die Übertragung und Auswertbarkeit. Herr Rössig teilt mit, dass die Bereitstellung aller Daten nach festgelegten Regeln von den VU zur Fördergrundlage gemacht werde. Herr Köster stellt fest, dass momentan die von den VU durchgeführten händischen Zählungen vollständig vom Regionalverband getragen werden und fragt nach dem Anreiz für die VU, auf AFZS umzustellen. Herr Rössig teilt mit, dass durch den Einsatz von AFZS der Umfang und die Qualität der Daten deutlich steigen werde, woran auch die VU ein großes Interesse haben dürften. Er betont mit Verweis auf die Vorlage, dass sich die Beschaffungskosten für die neue Technik durch den dann möglichen Entfall von manuellen Zählungen relativieren würden.

Herr Kramer sieht die Entwicklung grundsätzlich positiv: es sei dringend notwendig, detailliertere Daten zu erhalten, um die Auslastung der einzelnen Linien genauer zu kennen. Er fragt nach der praktischen Durchführung, z.B. wie viele Busse mit den Systemen ausgestattet werden sollen. Herr Rössig schätzt ein, dass etwa 20% der Fahrzeuge mit AFZS auszustatten seien. Da die Fahrzeuge flexibel auf verschiedenen Kursen eingesetzt würden, könnten auf der so gewonnenen Datenbasis statistische Hochrechnungen vorgenommen werden.

Herr Schrader fragt nach, wie der Ausschuss über diese Daten informiert werden soll und wie das Vorgehen bei fahrgastschwachen Linien sei. Herr Rössig erwidert, dass der Ausschuss wie bisher – sofern Zahlen vorliegen – in regelmäßigen Abständen über die Fahrgastentwicklung im Verbandsgebiet informiert wird. Die Fahrgastzählungen, ggf. ergänzt um punktuelle Fahrgastbefragungen, seien eine wichtige Grundlage für zukünftige Angebotsplanungen.

Herr Volkmann: Wenn in Randzeiten weniger Fahrgäste befördert werden, heißt das automatisch, dass Fahrten ausgedünnt werden? Herr Rössig: Die jeweilige Situation wird sehr genau zu prüfen sein, ggf. käme in solchen Fällen, bevor das Fahrtenangebot zurückgenommen wird, auch der Einsatz flexibler Bedienformen in Betracht.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird mit einer Enthaltung beschlossen.

#### **Punkt 4**

Kostenbeteiligung Regionalverband an der Implementierung des neuen Online-Vertriebs bei der Niedersachsentarif GmbH (NITAG)

Vorlage Nr.: 2017/37

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig stellt die Vorlage vor.

Frau vom Hofe fragt an, ob es diesbezüglich auch Überlegungen gegeben habe, mit der DB zusammenzuarbeiten. Herr Rössig bejaht dies, diese Option sei aber vor allem aus preislichen Gründen nicht weiter verfolgt worden. Zudem könne man bei einem System, das unter eigener Regie läuft, selbstständiger und flexibler agieren.

Herr Köster regt an, eine einzige zentrale App zu entwickeln und verweist in diesem Zusammenhang auf den (unbefriedigenden) Zustand verschiedener Ticketautomaten. Herr Prof. Müller ergänzt, dass die DB-App / Fahrplanauskunft gut zu handhaben sei, sie besitze aber keine regionalen Verlinkungen und Preisauskünfte. Daher sieht er es als wichtig an, diese über entsprechende Schnittstellen zwischen den einzelnen Bereichen herzustellen. Herr Rössig führt aus, dass es gegenwärtig verschiedene Aktivitäten hin zu einer Vereinheitlichung bzw. Verknüpfung der einzelnen Fahrplaninformations- und Vertriebssysteme gebe. Diese Systeme seien z. T. sehr ähnlich konfiguriert, da sie oftmals vom gleichen Entwickler/Hersteller stammten. Der in Rede stehende Online-Vertrieb (App) der NITAG wird insofern auch nicht neu entwickelt werden, vielmehr würde das bestehende System in Bremen entsprechend (um eine neue Oberfläche) erweitert werden.

Herr Köster fragt an, wie die bisher niedrige Nutzung des Online-Vertriebs des Niedersachsen-Tickets zukünftig erhöht werden soll? Herr Rössig antwortet, dass mit dem VBN nun ein Partner zur Seite stünde, der bereits über langjährige, durchaus erfolgreiche Erfahrungen in dem Bereich verfügt. Der Absatz des Niedersachsentickets soll darüber hinaus durch Anzeigenschaltungen und weitere Werbemaßnahmen erhöht werden. Dies sei Sache der NITAG, die für die Gestaltung des Bahntarifs in Niedersachsen zuständig sei. Frau Retzlaff weist darauf hin, dass sich demgegenüber der VRB um die Tarifgestaltung für Bus und Bahn im Verbandsgebiet kümmert, es sich also um zwei unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche handelt. Herr Schmidt fragt an, wie das in anderen Bundesländern geregelt sei? Herr Rössig antwortet, dass es in anderen Bundesländern sehr ähnliche Entwicklungen gebe, die sich aber im Detail durchaus voneinander unterscheiden könnten.

Herr Kramer versichert sich, dass die Nutzungszahlen durch den zentralen Onlinevertrieb erhöht werden sollen. Wer ist für die Erhebung u.ä. verantwortlich? Herr Rössig antwortet, dass dies in den Zuständigkeitsbereich der NITAG gehöre. Der Regionalverband sei Gesellschafter der NITAG und in diesem Rahmen an der Übernahme von Kosten beteiligt.

Herr Köster merkt an, dass es ihm nicht um den Tarif, sondern um die Plattform gehe. Herr Rössig erwidert, dass der Regionalverband darauf hinwirken wird, dass der Online-Vertrieb des Niedersachsentarifs mit dem (zukünftigen) des VRB verknüpft/verlinkt wird.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird mit 6 Enthaltungen beschlossen.

**Punkt 5**

## Anträge

Machbarkeitsstudie über die Einführung eines digitalen Ticketsystems bei den Verkehrsunternehmen im VRB

Frau Retzlaff berichtet kurz über den Inhalt des Antrags. Sie betont, dass es vorrangig darum gehe, den Prozess der Systemeinführung zu beschleunigen und zu unterstützen unter Zuhilfenahme eines externen Gutachters. Herr Brandes stellt den aktuellen Stand dar und verdeutlicht, dass es sich um ein Vertriebsthema handele, mithin die Verbundgesellschaft zuständig sei und es dort Personalkapazitäten bedürfe, um das Thema vorzubereiten und bearbeiten zu können. Auch ein Gutachterauftrag müsse vorbereitet und bearbeitet werden. Er verweist auf laufende Projekte wie das gegenwärtig laufende „Echtzeitprojekt“ und die Erarbeitung des neuen Einnahmenaufteilungsverfahrens, welche Personalkapazitäten bei der Verbundgesellschaft und beim Regionalverband binden würden, und die erforderliche Einbindung der 17 Verkehrsunternehmen.

Die vorgetragene Einschätzung führt zu einer kontroversen Diskussion, in deren Laufe sich die Mitglieder der CDU zu einer Beratung zurückziehen. Im Ergebnis wird sich auf einen Änderungsantrag verständigt, der eine Umformulierung des ersten Teils der Beschlussvorlage beinhaltet und im nächsten Gremienlauf im September behandelt werden soll. Herr Egbers-Schoger schlägt vor, die Formulierung im ersten Satz wie folgt anzupassen: *bis zum nächsten Gremienlauf zuzüglich einer Kostenvorlage*.

Herr Schneider fragt an, ob dieser Antrag mit den Änderungen in den Verbandsausschuss weitergeleitet werden kann und bittet um Abstimmung. Der veränderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

**Punkt 6**

## Anfragen

Draisinenverkehr zwischen Schöppenstedt und Schöninge

Anfrage der SPD-Fraktion im Regionalverband Großraum Braunschweig vom 29.03.2017

Vorlage 2017/39

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig erläutert die Antwort.

Herr Backhaus merkt an, dass in der Vergangenheit dafür gekämpft wurde, die Strecke zu erhalten, um sie zu einem späteren Zeitpunkt weiteren Nutzungen zuführen, ggf. auch für den SPNV reaktivieren zu können. Für ihn ließe die Antwort der Verwaltung noch viele Fragen offen. Herr Rössig führt aus, dass die Verwaltung sich ausgiebig mit der Sache beschäftigt hat. Grundsätzlich sei aber festzustellen, dass der potentielle Betreiber eines Draisinenverkehrs bisher keinen fundierten Master- und Finanzplan mit belastbaren Zahlen wie vereinbart vorgelegt habe.

Herr Schneider stellt fest, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wurde.

**Punkt 7**

## Mitteilungen

Herr Schneider stellt fest, dass keine Mitteilungen vorliegen.

Herr Schneider schließt um 17.20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Nachdem die Gäste den Raum verlassen haben, eröffnet Herr Schneider den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.